

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: FOCKE STRANGMANN

## „KIEK NICH IN’T MUSSLOCK, KIEK IN’E SÜNN!“

Landesparteitag stellt Weichen für die nächsten beiden Jahre

**D**er Landesparteitag der Bremer SPD in der Vegesacker Strandlust demonstrierte Geschlossenheit: Mit 95 Prozent Ja-Stimmen wurde Andreas Bovenschulte von den Delegierten in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Auch die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes wurden vom Landesparteitag mit großen Mehrheiten gewählt (siehe auch Vorstellung des neuen Landesvorstandes auf Seite 2). Breite Unterstützung fanden auch die vorliegenden Anträge, unter anderem zur Organisationspolitik, zur sozialen Stadtpolitik und zur Arbeitsmarktpolitik.

In seiner Rede zog Andreas Bovenschulte zuvor eine positive Bilanz der Arbeit des Landesvorstandes in den zurückliegenden zwei Jahren. Er dankte noch einmal Bürgermeister Jens Böhrnsen und allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die zum großen Erfolg bei den Wahlen zur Bürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Beiräten beigetragen haben.

Die Befürchtungen, dass die SPD mit dem Verlust des Sozialressorts auch ihr sozialpolitisches Profil verlieren würde, hätten sich nicht bestätigt, so der Landesvorsitzende mit Blick auf die Diskussion vor der Verabschiedung des Koalitionsvertrages. Mit der Einrichtung des sozialpolitischen Ausschusses habe die SPD eine richtige Entscheidung

getroffen. Die gute Arbeit des Ausschusses habe das sozialpolitische Profil der Bremer SPD in der Öffentlichkeit geschärft.

Der Landesvorstand habe in seiner abgelaufenen Amtszeit einige wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Zu erwähnen sei etwa die Initiative für eine (teilweise) Rekommunalisierung der Energie- und Wassernetze. Das vom Landesvorstand vorgeschlagene Landesmindestlohngesetz befinde sich nicht nur in Bremen im Gesetzgebungsverfahren, es entpuppe sich auch als Exportschlager: Die Initiative sei mittlerweile auch von SPD-Fraktionen in den Landtagen anderer Bundesländer aufgegriffen worden, jeweils mit deutlichem Bezug auf das Bremer Beispiel.

Mit Blick auf die Zukunft betonte der SPD-Landesvorsitzende, dass das Land Bremen vor der großen Herausforderung stehe, die Einhaltung der Schuldenbremse zu gewährleisten und trotzdem weiter politische Schwerpunkte für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Förderung eines ökologisch nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums in Bremen und Bremerhaven zu setzen. Andreas Bovenschulte machte deutlich, dass der Blick dabei unbedingt auch auf die Verbesserung der Einnahmesituation des Landes gerichtet werden müsse, denn Sparpotenziale gebe es nur

noch in einem begrenzten Umfang. Er unterstrich die Forderung der Bremer SPD nach einer neuen, gerechteren Steuerpolitik auf Bundesebene: „Wir sind darauf angewiesen, dass die großen Konzerne endlich wieder ordentlich Steuern berappen, dass die Einkommens- und Vermögensmillionäre endlich wieder angemessen zur Kasse gebeten werden und dass die Erben von Riesenvermögen endlich wieder gerechte Erbschaftssteuern zahlen.“ Nur so – mit wachsenden Einnahmen auf Ebene der Länder und Kommunen – lasse sich der Anspruch erfüllen, die öffentliche Verschuldung zu bremsen und gleichzeitig der sozialen Verantwortung des Staates gerecht zu werden.

Zuversicht und Optimismus fand Andreas Bovenschulte in einem Zitat von Wilhelm Kaisen, dessen 125. Geburtstag Bremen dieser Tage feiert: „Kiek nich in’t Musslock, kiek in’e Sünn!“ Das sei die Haltung der SPD vor sechzig Jahren gewesen und das sei die Haltung der SPD heute: Aufrecht nach vorne schauen und sich nicht im Mauselloch verkriechen!

**Alle Beschlüsse und Wahlergebnisse des Landesparteitages sowie die Rede des Landesvorsitzenden gibt es im Internet auf [www.spd-land-bremen.de](http://www.spd-land-bremen.de)**

# NEUER LANDESVORSTAND GEWÄHLT

**M**it dem Landesparteitag am 12. Mai 2012 in der Vegesacker Strandlust hat die SPD im Land Bremen ihre diesjährigen Organisationswahlen abgeschlossen. Auf dieser Seite stellen wir die 17 Mitglieder des neuen Landesvorstandes vor. Während es im geschäftsführenden Landesvorstand keine Veränderungen gab, gab es bei den Beisitzerinnen und Beisitzern an fünf Positionen Wechsel. Nicht wieder kandidiert haben die bisherigen Vorstandsmitglieder Karin Garling, Aydin Gürlevik, Iris Lauterbach-Wenig, Renate Möbius und Peter Nowack. Der neue Landesvorstand nimmt zügig seine Arbeit auf: Bereits am 8. und 9. Juni 2012 konstituiert er sich und kommt zu einer Klausurtagung in Verden zusammen. Dort stehen neben organisatorischen Fragen als inhaltliche Schwerpunkte die Finanzentwicklung in Bund, Ländern und Kommunen sowie die Energiewende auf der Tagesordnung.



**Dr. Andreas Bovenschulte**  
Landesvorsitzender  
info-bremen@spd.de



**Sarah Ryglewski, MdBB**  
Stellvertretende Landesvorsitzende  
sarah.ryglewski@spd-bremen.org



**Elias Tsartilidis, MdBB**  
Stellvertretender Landesvorsitzender  
elias.tsartilidis@spd-bremerhaven.org



**Petra Krümpfer, MdBB**  
Schatzmeisterin  
petra.kruempfer@spd-bremen.org



**Insa Peters-Rehwinkel, MdBB**  
Schriftführerin  
insa.peters-rehwinkel@spd-bremen.org



**Christian Buecker**  
Beisitzer  
christian.buecker@spd-bremerhaven.org



**Markus Fabian**  
Beisitzer  
markus.fabian@spd-bremen.org



**Wolfgang Grotheer**  
Beisitzer  
wolfgang.grotheer@spd-bremen.org



**Mustafa Güngör, MdBB**  
Beisitzer  
mustafa.guengoer@spd-bremen.org



**Rainer Hamann, MdBB**  
Beisitzer  
rainer.hamann@spd-bremen.org



**Catharina Hanke**  
Beisitzerin  
catharina.hanke@spd-bremen.org



**Brigitte Lückert**  
Beisitzerin  
brigitte-lueckert@spd-bremerhaven.org



**Sabine Markmann**  
Beisitzerin  
sabine.markmann@spd-bremerhaven.org



**Rolf Prigge**  
Beisitzer  
rolf.prigge@spd-bremen.org



**Gisela Schwellach**  
Beisitzerin  
gisela.schwellach@spd-bremen.org



**Lena Weber**  
Beisitzerin  
lena.weber@spd-bremen.org



**Nicoletta Witt**  
Beisitzerin  
nicoletta.witt@spd-bremen.org



FOTOS: PATRICE KUNTE

# Bremer Mindestlohngesetz wird Signalwirkung haben



Die Tatsache, dass 20 von 27 europäischen Ländern einen gesetzlichen Mindestlohn haben, nur Deutschland als eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt immer noch keine allgemeinverbindliche Untergrenze gegen Lohndumping hat, ist für uns Sozialdemokraten keine Zierde, sondern eine Schande. Es ist schlicht eine Frage der Menschenwürde, ob wir es weiter zulassen in diesem Land, dass Menschen, die den ganzen Tag arbeiten trotzdem zum Sozialamt gehen müssen, um sich ihren Armutslohn durch staatliche Unterstützung aufstocken zu lassen. Wir in Bremen wollen jedenfalls nicht solange warten, bis es einen Regierungswechsel in Berlin gibt. Denn den braucht es, damit ganz Deutschland einen Mindestlohn bekommt. Wir wollen dort, wo

wir Einfluss haben, dafür sorgen, dass gute Arbeit auch fair bezahlt wird“, so der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe zu Beginn der Anhörung zum Landesmindestlohngesetz, die die Koalitionsfraktionen Mitte Mai im Haus der Bürgerschaft durchgeführt haben (s. Bild oben).

Dass die Bremer Initiative für ein Landesmindestlohngesetz auch Signalwirkung über die Grenzen des Stadtstaates hinaus haben wird, davon zeigte sich auch der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, der eigens zur Anhörung in die Hansestadt gekommen war, in seiner Rede überzeugt: „Das was hier in Bremen gerade passiert, geht weit über das hinaus, was in anderen Länderparlamenten beraten wird.

Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die verlorengegangene Ordnung von Arbeit wieder herzustellen. Die Einführung eines Mindestlohnes ist Sache des Gesetzgebers. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen wissen, was Recht ist. Jeder muss wissen: Unter 8,50 Euro pro Stunde darf nicht gearbeitet werden.“

Vor rund 100 Gästen hatten dann die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen und Verbände, die

durch das neue Gesetz betroffen sind, die Gelegenheit zum geplanten Vorhaben Stellung zu nehmen. Während Unternehmerverbände und Handelskammer erklärten, ein Mindestlohn sei schädlich für die Wirtschaft und würde Arbeitsplätze gefährden, begrüßten Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammer und auch die Wohlfahrtsverbände den Bremer Vorstoß. Letztere thematisierten aber vor allem die finanziellen Folgen, die sich für die Träger aus dem Gesetz ergeben. Sie forderten schließlich eine klare Regelung, wie mit den entstehenden Mehrkosten umgegangen wird. Aus der Anhörung ergaben sich insgesamt einige wichtige Hinweise und Arbeitsaufträge für den weiteren Gesetzgebungsprozess. Neben der Kostenfrage wurde beispielsweise auch angemahnt, verbindliche Regelungen zu schaffen, die eine wirksame Kontrolle und Einhaltung des Gesetzes garantieren. „Stellen Sie sicher, dass es so wenig Ausnahmen wie möglich gibt“, gab DGB-Chef Sommer den Fraktionen am Ende mit auf den Weg. Die Ergebnisse der Anhörung werden in den kommenden Wochen ausgewertet und in die weiteren Beratungen der Koalition einfließen. Die zweite Lesung und Verabschiedung des Bremer Landesmindestlohngesetzes soll dann in der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause im Juli erfolgen. (as) ■

## „AFA-THEMEN HABEN KONJUNKTUR“

Vier Fragen an Wolfgang Jägers



FOTO: PATRICE KUNTE

**Der Bürgerschaftsabgeordnete Wolfgang Jägers ist seit 2002 AfA-Landesvorsitzender.**

**Du bist auf der AfA-Bundeskonferenz im April zum stellvertretenden AfA-Bundesvorsitzenden gewählt worden. Was sind die wichtigsten Themen, auf die Du in Deiner Arbeit besonderen Wert legen willst?**

Die Arbeit in der AfA macht viel Spaß, das soll sie auch. Das war nicht immer so, siehe Agenda 2010. Die AfA hat sich kritisch mit dieser Politik auseinandergesetzt und die Position der gewerkschaftlich orientierten Mitglieder in der SPD gehalten. Das hat sich als richtig erwiesen. Jüngste Wahlerfolge zeigen, dass die AfA-Themen „Existenzsichernde Renten“, „Verteilungsgerechtigkeit“ und „Praktische Arbeit in den Betrieben“ (z. B. Arbeitsschutz) Konjunktur haben. Dies sind auch meine Themen.

**Die Bremer SPD hat ein Landesmindestlohngesetz initiiert, das für die öffentliche Hand und Empfänger von Zuwendungen gelten soll. Ein Modell auch für andere Länder?**

Das erste Tariftreuegesetz, das die Zahlung von Tariflöhnen bei öffentlichen Aufträgen vorsah, ist von der Arbeitnehmerkammer und der IG BAU 1999 vor-

gelegt worden. Das Mindestlohngesetz baut darauf auf. Der Mindestlohn von 8,50 Euro, sichert die Existenz und bewahrt einige davor, „zum Amt“ zu gehen und staatliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Die AfA will Mindestlöhne, die auch dafür sorgen, dass existenzsichernde Renten erworben werden. Solche Löhne liegen oberhalb von 8,50 Euro. Folgerichtig hat die AfA auf dem Bundeskongress die Forderung nach einem Mindestlohn von 10 Euro beschlossen.

Unser Landesmindestlohngesetz funktioniert nur, wenn es Kontrollen gibt. Unser Vorschlag: Kontrollstellen schaffen! Eine Übertragbarkeit auf andere Länder ist möglich, ersetzt aber nicht einen bundesweiten Mindestlohn.

**In den Tarifverhandlungen wollen die Arbeitnehmer nach jahrelanger Zurückhaltung nun kräftig am Aufschwung teilhaben. In der Metallindustrie ist gerade ein Abschluss von 4,3 Prozent erzielt worden. Hat das Signalwirkung für weitere Branchen?**

Tarifverträge haben immer Signalwirkung. Nur starken Gewerkschaften mit vielen Mitgliedern gelingt es, die Arbeitnehmer am Erfolg ihrer Arbeit zu beteiligen. Das Signal an die Beschäftigten: Organisiert euch, rein in die Gewerkschaft. Freiwillige Leistungen der Arbeitgeber sind selten, holt euch euren Anteil, ihr habt es verdient.

**Du bist Regionalleiter der IG BAU und Bürgerschaftsabgeordneter. Wie wichtig ist aus Deiner Sicht die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und SPD?**

Wir haben in Deutschland das System der Einheitsgewerkschaften. Wir sind also als Gewerkschaft unabhängig zu Parteien. Es gibt aber eine Partei, deren Politik (nicht immer) größere Nähe zur Gewerkschaft hat, dies ist die SPD. Damit ist sie die Partei, die unterstützt wird, wenn die Politik stimmt. Die SPD hat erfahren: Ohne arbeiternahen Politik, verliert sie ihre Mehrheitsfähigkeit. Es wäre gut, wenn die SPD mehr Arbeitnehmer in Funktionen bringt. Arbeiter, Handwerker, kleine und mittlere Angestellte zur Kandidatur für Mandate zu bewegen, ist aus Sicht der AfA eine wichtige Aufgabe. In der Bremer SPD spüren wir, dass die AfA wieder ernst genommen wird. Wir haben einen guten Draht zum Landesvorsitzenden und „seinen Leuten“ und versprechen weiter kritische und loyale Begleitung. ■

## EIN DENKMAL FÜR WILHELM KAISEN

Von Karen Schuster

**R**Endlich war es soweit: am 22. Mai 2012, anlässlich seines 125. Geburtstags, wurde das Denkmal für Bremens langjährigen Bürgermeister und Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen enthüllt. Standort des bronzenen Denkmals ist das Kastanienwäldchen an der Ecke Wall/Herdentor in der Bremer Innenstadt.

Wilhelm Kaisen, der 1887 in Hamburg geboren wurde, fühlte sich schon früh mit der SPD verbunden. Bereits im Alter von 18 Jahren trat er der Partei bei und stieg innerhalb weniger Jahre zum Mitglied des Hauptvorstands der Hamburger SPD auf. Nach dem Ersten Weltkrieg verschlug es Kaisen dann nach Bremen, wo er zum Chefredakteur der SPD-Zeitung „Bremer Volksblatt“ aufstieg und 1920 in die Bremische Bürgerschaft einzog. Von 1928 bis 1933 diente er der Stadt als Senator für das Wohlfahrtswesen. Nachdem Kaisen die Nazi-Diktatur und den 2. Weltkrieg als Siedler und Landwirt in der Borgfelder Flur überstanden hatte, wurde er am 1. August 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht zum Bürgermeister und Präsidenten des Senats ernannt.

Am 13. Oktober 1946 wurde Wilhelm Kaisen bei den ersten freien Bürgerschaftswahlen nach dem 2. Weltkrieg in seinen Ämtern bestätigt und wirkte im Jahr 1949 maßgeblich am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands mit. In der Folgezeit gelang es Kaisen, der in Bremen längst als Landesvater galt, tiefgreifende Veränderungen in der Stadt durchzusetzen.

In den fünfziger Jahren entstanden mit der Gartenstadt Vahr und der Neuen Vahr Quartiere, die einen Meilenstein in der Geschichte des sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegszeit darstellten und Wohnraum für 40.000 Menschen boten. Nachdem die SPD bei der Bürgerschaftswahl 1959 über 50 Prozent der Stimmen erreichte, widmete sich Kaisen in den sechziger Jahren verstärkt der Hafenpolitik, wobei er Wert auf einen zügigen, aber strukturierten Ausbau der Häfen legte.

Kurz vor Ende seiner Karriere als aktiver Politiker fasste der Senat noch den Beschluss zum Bau der Bremer Universität, einer weiteren Entscheidung, die die Entwicklung Bremens nachhaltig geprägt hat, bevor er sich am 17. Juli 1965 aus der aktiven Politik verabschiedete. Nach seiner 20-jährigen Amtszeit zog es ihn dann zurück nach Borgfeld. Dort starb Wilhelm Kaisen am 19. Dezember 1979. ■



**Bürgermeister Jens Böhrnsen und Ilse Kaisen (vorne sitzend im Rollstuhl), Tochter von Wilhelm Kaisen, enthüllten das Denkmal für den langjährigen Bürgermeister in der Bremer Innenstadt.**

FOTO: LUKAS ZACHARIAS

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Landesorganisation Bremen  
Oberstraße 39–43, 28195 Bremen  
Tel.: 0421/350 18-0  
Fax: 0421/350 18-37  
info-bremen@spd.de

#### Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Tim Cordßen  
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.  
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen